

EIN JAHR SONDERVERMÖGEN

ES IST NICHT ZU SPÄT: KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLANDS WOHLSTAND

Von Katharina Dröge, Britta Haßelmann, Andreas Audretsch und Sebastian Schäfer

18. März 2026

Vor einem Jahr, am 18. März 2025, hat der Bundestag mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität eine historische Chance eröffnet: Deutschland nach Jahren des Investitionsstaus, maroden Brücken, baufälligen Schulen und in Zeiten einer lang anhaltend stagnierenden Wirtschaft zu modernisieren. Noch nie hatte eine Bundesregierung so viel Geld zur Verfügung, um das Land wieder zum Laufen zu bringen. Wir Grüne im Bundestag stehen zu diesem Beschluss: Er war die beste Möglichkeit, kurzfristig Deutschlands Zukunftschancen zu sichern, die Modernisierung unseres Landes entschlossen voranzutreiben und den Grundstein für eine grundlegende Reform der Schuldenbremse zu legen, damit Zukunftsinvestitionen auch langfristig gesichert werden.

Ein Jahr später ist die Bilanz jedoch eindeutig: Friedrich Merz und Lars Klingbeil verspielen diese Chance leichtfertig. Statt konsequent in Innovation, Schulen, Brücken und Schwimmbäder zu investieren, ist ein Großteil des Geldes in eine Stillhalteprämie für Markus Söder geflossen. Statt dringend benötigter Modernisierung gab es Wahlgeschenke und kleinteilige Verteilungspolitik. Das ist ein gebrochenes Versprechen gegenüber den Menschen in Deutschland, die jeden Tag erleben, dass die Bahn nicht kommt, Innenstädte Investitionen brauchen, Klimapolitik zurückgedreht und Zukunftschancen ihrer Kinder verspielt werden.

Gerade in einer stagnierenden Wirtschaft ist das besonders fatal. Unternehmen erwarten nach Jahren der Unsicherheit sichtbare Umsetzung statt immer neuer Ankündigungen. Das Sondervermögen könnte realen Einfluss auf das Wachstum in diesem und den nächsten Jahren haben. Doch auch diese Chance lässt die Bundesregierung liegen. Der Sachverständigenrat stellt fest, dass der zusätzliche Wachstumseffekt durch das Sondervermögen doppelt so hoch wäre, wenn die Gelder zielgerichtet investiert würden. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, Wachstumschancen so sträflich liegen zu lassen.

Dass es sich dabei nicht nur um Kritik der Opposition handelt, zeigt auch ein aktuelles Gutachten des ifo-Instituts: Über 90% der Mittel aus dem Sondervermögen wurden im letzten Jahr zweckentfremdet. Genau das haben wir Grüne im Bundestag seit Mai vergangenen Jahres immer wieder kritisiert. Mittlerweile gibt es dazu zahlreiche Studien und Untersuchungen, die diesen falschen Umgang mit dem Sondervermögen allesamt kritisieren.



Dieses Getrickse darf nicht weitergehen. Auch Merz und Klingbeil sollten sich nach einem Jahr Sondervermögen fragen: Haben die Bürgerinnen und Bürger das verdient, dass so mit ihrem Geld umgegangen wird?

Noch gibt es die Möglichkeit umzusteuern

Im April wird das Bundeskabinett die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2027 und den Wirtschaftsplan für das Sondervermögen beschließen. Das ist jetzt die Chance für eine dringend nötige Kurskorrektur. Kanzler Merz und Bundesfinanzminister Klingbeil müssen zeigen, dass sie die Kritik von Bundesbank, Bundesrechnungshof, Sachverständigenrat und den führenden Wirtschaftsinstituten ernst nehmen und umsteuern.

Es reicht nicht, erneut große Summen anzukündigen. Entscheidend sind eine nachvollziehbare Priorisierung der großen Zukunftsaufgaben sowie ein zügiger, transparenter Mittelabfluss, damit daraus rasch spürbare Wachstumsimpulse entstehen.

Wir machen einen Vorschlag für eine klare Investitionsagenda, die sich auf vier Bereiche konzentriert, in die das Geld jetzt dringender fließen muss als in Markus Söders Stillhalteprämie. Das Sondervermögen ist immer noch eine große Chance für die Modernisierung des Industriestandorts. Richtig eingesetzt kann es nicht nur kurzfristiges Wirtschaftswachstum bringen, sondern die Grundlage für langfristigen Wohlstand legen.

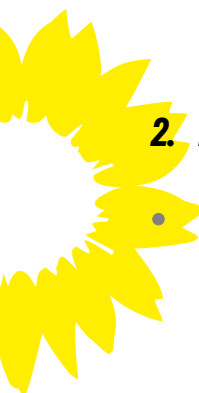
Investitionsagenda – Vier für Deutschland

1. Klima

- Der Klimaschutz kommt im Sondervermögen zu kurz. Es sollten mindestens 5 Milliarden bis 2034 an die Kommunen gehen, um sie robuster gegenüber Folgen der Klimakrise aufzustellen.
- Gerade jetzt zeigt sich wie wichtig Wärmenetze sind, die nicht von Öl und Gas abhängig sind. Die Gelder für Ausbau und Dekarbonisierung müssen um 2 Milliarden angehoben werden.
- Alle Kraft in die Sanierung, Aus- und Neubau der Schienennetze legen, um mehr Kapazitäten auf überlasteten Schienenwegen zu schaffen.

2. Bildung und Teilhabe

- Eine gute Kinderbetreuung sorgt nicht nur für mehr Chancengleichheit, sie hilft auch, dass mehr junge Eltern, vor allem Frauen, ihre Arbeitszeit gemäß ihren Wünschen





ausweiten können. Deshalb sollten wir 8,5 Milliarden in Kinderbetreuung, in Kitas und Ganztagschulen investieren. Das hilft auch dem Wachstum, weil das Arbeitsmarktangebot sich so verbessert.

- Jede und jeder soll lernen können, deshalb muss ein Förderprogramm für öffentliche Einrichtungen für Barrierefreiheit und Inklusion in Höhe von 5 Milliarden Euro aufgesetzt werden.
- Investitionen in Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendzentren und Nachbarschaftstreffs gezielt fördern und Bürgerbeteiligung bei der Mittelverwendung einführen.

3. *Wirtschaft*

- Stahl-, Chemie- und Zementindustrie fit für die Zukunft machen und für Planungssicherheit sorgen heißt, dass die Mittel für Klimaschutzverträge im Klima- und Transformationsfonds in den nächsten Jahren auf insgesamt 25 Milliarden Euro steigen müssen.
- Den strukturellen Ausbau einer klimaneutralen Wirtschaft mit 6 Milliarden Euro unterstützen, um zentrale Standort- und Infrastrukturprojekte zu fördern und die industrielle Transformation und Arbeitsplätze abzusichern.
- Die Wirtschaft der Zukunft braucht grünen Wasserstoff. Das Sondervermögen sollte den zügigen Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur mit rund 4 Milliarden Euro fördern.
- Die Digitalisierung stärken und dafür unter anderem mehr Mittel für Mikroelektronik bereitstellen, um Forschung, Produktion und Innovation in der Chip- und Halbleiterproduktion auszubauen.

4. *Wohnen*

- Gerade jetzt muss in bezahlbarem Wohnraum investiert werden. Die Neue Wohngemeinnützigkeit muss auf dem Wohnungsmarkt etabliert werden und gemeinnützige Wohnungsunternehmen müssen mit mindestens 1 Milliarde Euro bei der Schaffung von dauerhaft bezahlbarem Wohnraum gefördert werden.
- Zusätzlichen Wohnraum durch Nachverdichtung, Umbau, Dachausbau und Aufstockungen fördern.

Das Geld muss abfließen

Die beste Investitionsagenda nützt nichts, wenn das Geld nicht abgerufen wird. Geld allein baut noch keine Brücke, verlegt noch kein Stromkabel und saniert noch kein Schienennetz.



Investitionen können nur dann schnell und wirksam abfließen, wenn die nötigen Fachkräfte, Technologien, Rohstoffe und unternehmerischen Kapazitäten vorhanden sind.

Deshalb muss der Staat nicht nur Mittel bereitstellen, sondern auch die Voraussetzungen verbessern: durch schnellere Genehmigungen, weniger bürokratische Hürden, mehr Ausbildung, gezielte Fachkräftegewinnung und einen realistischen Blick auf bestehende Engpässe.

Die Schuldenbremse muss reformiert werden

Wer eine langfristige Investitionsagenda erfolgreich umsetzen will, muss auch die Schuldenbremse reformieren. Denn irgendwann ist zwar das Sondervermögen aufgebraucht, aber viele große Investitionen bleiben notwendig. Wer es mit der Modernisierung unseres Landes ernst meint, kann nicht dauerhaft an einem Regelwerk festhalten, das dringend notwendige Zukunftsinvestitionen erschwert und den Verzehr öffentlicher Substanz begünstigt. Staatliche Ausgaben sichern Wohlstand – jedenfalls dann, wenn sie klug, zielgerichtet und wirkungsorientiert in öffentliche Infrastruktur fließen und einen ökonomischen Mehrwert, eine Rendite, schaffen. Zukunftsausgaben, die unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dauerhaft stärken, müssen anders behandelt werden als konsumtive Ausgaben. Anders verhält es sich bei den Investitionen in unsere Verteidigungsfähigkeit: Sie gehören zur Kernverantwortung des Staates und müssen deshalb mittelfristig verlässlich aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Die Ausgaben für Verteidigung sind der wesentliche Grund für die geplante immense Verschuldung der nächsten Jahre. Das ist aktuell nachvollziehbar, aber keine dauerhafte Lösung. Es geht nicht um Beliebigkeit, sondern um eine verantwortungsvolle Unterscheidung zwischen kurzfristigem Verbrauch, Kernaufgaben des Staates und Investitionen in künftigen Wohlstand. Eine moderne Schuldenregel muss Investitionen ermöglichen und zugleich finanzpolitische Solidität sichern. Alles andere ist keine Generationengerechtigkeit, sondern organisierter Sanierungsstau.

Der Bundestag hat vor einem Jahr nicht nur das Sondervermögen beschlossen, sondern auch den Beschluss gefasst, dass eine grundlegende Reform der Schuldenbremse kommen soll – die Gesetzgebung sollte bis Ende 2025 abgeschlossen werden. Auch mit den Stimmen von Friedrich Merz und der Union. Dazu muss der Bundeskanzler stehen. Wir nehmen Friedrich Merz beim Wort. Die Union muss sich in der Reformkommission konstruktiv verhalten, statt jede Veränderung weiter zu blockieren.

Der Jahrestag des Sondervermögens kann Ausgangspunkt für einen Kurswechsel hin zu einer Investitionspolitik sein, die zielgerichtet, wirksam und dauerhaft die Stärke unseres Landes sichert. So wird aus zusätzlichem finanziellem Spielraum das, was Deutschland jetzt braucht: sichtbarer Fortschritt.

